

---

**Von:** Karin Meier <meika@bluewin.ch>  
**Gesendet:** Mittwoch, 2. März 2016 18:25  
**An:** Revision\_URG  
**Cc:** info@bis.ch  
**Betreff:** Stellungnahme zur Vernehmlassung der URG-Revision

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Ich als leitende Bibliothekarin einer öffentlichen Gesundheitseinrichtung nehme gerne die Gelegenheit wahr, mich im Rahmen der Vernehmlassung zur Revision des Urheberrechtsgesetzes (URG) zu äussern.  
Die folgenden Punkte treffen für meine Einrichtung zu:

**Wir lehnen die Einführung eines zusätzlichen Verleihrechts (sog. Bibliothekstantieme) nach Art. 13 Abs. 1 E-URG ab.**

Die vorgesehene Bibliothekstantieme bringt einen grossen finanziellen und administrativen Mehraufwand für uns. Eine solche zusätzliche Belastung des Bibliotheksbudgets erschwert uns die Erfüllung unseres Auftrags, kostengünstig und möglichst umfassenden Zugang zu Information und Wissen zu verschaffen. Neben dem Vermieten und Verleihen ist noch das „sonst wie zur Verfügung stellen“ erwähnt. Dies könnte so ausgelegt werden, dass beispielsweise das Nutzen der Präsenzbestände in den Bibliotheken ebenfalls unter die Bibliothekstantieme fallen würde oder auch der bibliothekarische Dokumentationslieferdienst.

**Art. 19 Abs. 3bis E-URG Eigengebrauch**

**Wir begrüssen die Anpassung des Art. 19 Abs. 3bis E-URG, fordern allerdings die Streichung von „Absatz 3“ im letzten Teilsatz.**

Mit dem nun vorliegenden Art. 19 Abs. 3bis E-URG bringt der Bundesrat eine lange Zeit geforderte Klärung, nämlich, dass auch „erlaubte Vervielfältigungen“ unter diese Bestimmung fallen und nicht nur der erste Download. Allerdings hat der Bundesrat ohne Not und aus Sicht der Bibliotheken unerklärlich, die Bestimmung leider wiederum eingegrenzt auf Art. 20 Abs. 3 URG und damit nur eine Mehrfachbelastung ausgeschlossen im Zusammenhang mit der Leerträgervergütung. Gemäss der vorgeschlagenen Regelung müssten demnach Bibliotheken, welche ihren Nutzern lizenzierte Zeitschriften, e-books und andere elektronische Werke anbieten, trotz Lizenzverträge, gemäss welchen der Download und das Vervielfältigen bereits vergütet wird, nochmals Kopiervergütungen nach Art. 20 Abs. 2 URG entrichten, was eine unzulässige Mehrfachbelastung darstellt. Art. 19 Abs. 3bis E-URG muss unseres Erachtens somit folgendermassen lauten:

*„Vervielfältigungen, die beim Abrufen von erlaubterweise zugänglich gemachten Werken hergestellt werden, sowie weitere vertraglich erlaubte Vervielfältigungen sind von den Einschränkungen des Eigengebrauchs nach diesem Artikel sowie vom Vergütungsanspruch nach Artikel 20 Absatz 3 ausgenommen.“*

**Art. 24d E-URG Verwendung zu wissenschaftlichen Zwecken**

**Wir begrüssen grundsätzlich die neue sog. Wissenschaftsschranke, lehnen allerdings eine Vergütungspflicht ab.**

Problematisch aus unserer Sicht ist, dass die vorgeschlagene Schranke gemäss Art. 24d Abs. 2 E-URG mit einer Vergütung einhergehen soll, was die betroffenen Institutionen aus mehreren Gründen ablehnen: Mit öffentlichen Geldern werden heute schon die Forschung sowie die Verbreitung ihrer Ergebnisse grösstenteils finanziert, und die Bibliotheken müssen die Lizenzen für wissenschaftliche Datenbanken, e-journals und andere elektronische Medien bezahlen (ausser die entsprechenden Werke sind Open Access). Eine zusätzliche Vergütung für die Nutzung von Texten im Rahmen von TDM würde eine weitere Belastung der öffentlichen Hand im wissenschaftlichen Publikationsbereich bedeuten (sog. triple-dip). Wir weisen darauf hin, dass die entsprechende Schranke im anglo-amerikanischen Rechtskreis (dort als sog. fair use und fair dealing bezeichnet) vergütungsfrei ist. Eine Vergütungspflicht für die Verwendung von Werken zu wissenschaftlichen Zwecken würde daher den Wissenschafts- und Forschungsstandort Schweiz im Vergleich mit dem Ausland benachteiligen. Wir bezweifeln zudem, dass in Zeiten von „Big Data“ eine gerechte Verteilung der Einnahmen an eine unüberschaubare Anzahl von berechtigten Urhebern überhaupt praktikabel ist.

**Art.24e E-URG Bestandesverzeichnisse**

**Wir begrüssen die neue Schrankenregelung von Art. 24e E-URG Bestandesverzeichnis vollumfänglich.**

Für die Wissenschaft und Forschung ist besonders positiv hervorzuheben die Erlaubnis, Abstracts und Inhalts- & Literaturverzeichnisse in die Bestandesverzeichnisse aufnehmen zu können.

**Art. 51 Abs. 1bis und 1ter E-URG**

**Wir lehnen weitere Mehraufwände administrativer und finanzieller Art im Zusammenhang mit der in Art. 51 Abs. 1bis E-URG vorgesehenen Datenlieferung an die Verwertungsgesellschaften ab.**

Aus Nutzersicht befürchten wir mit dieser Regelung zusätzliche und nicht abschätzbare administrative und finanzielle Mehraufwände. Die Verwertungsgesellschaften können auch ohne Gesetzesänderung, im eigenen Interesse, den Nutzern entsprechende Tools zur elektronischen Datenübermittlung zur Verfügung stellen. Alternativ schlagen wir vor, dass die Verwertungsgesellschaften ihre Daten, wie Werk- und Urheberdaten, zur vereinfachten Recherche und Abrechnung in elektronischer Form den Nutzern zur Verfügung stellen.

**Zu den Pflichten von Hosting Providern (Anbieterinnen abgeleiteter Kommunikationsdienste), Art. 66b und 66c E-URG**

Wir beurteilen es als kritisch, dass der Zugang bereits auf ungeprüfte Mitteilung und damit auf blosser Behauptung hin gesperrt werden muss. Es ist mit «Fishing Expeditions» der (angeblichen) Rechteinhaber zu rechnen.

**Zu den Pflichten von Access Providern (Anbieterinnen von Fernmeldediensten), Art. 66d, e und f E-URG**

Wichtig ist, dass der Zugang zu den Angeboten nur in schwerwiegenden Fällen und damit nur bei Piratenseiten gesperrt werden muss. Dies muss im Gesetz explizit genannt werden. Zudem gilt zu bedenken, dass beim Sperren zwangsläufig auch rechtmässige Inhalte blockiert werden (Overblocking) und damit in massgebender Weise die Meinungs- und Informationsfreiheit betroffen ist. Was die Kosten des Blocking betrifft, so sollte der Kostenersatz direkt in der Verfügung des IGE erfolgen, so dass nicht der Provider sie auf dem Zivilweg einfordern muss.

**Einführung eines unabdingbaren Zweitveröffentlichungsrecht**

Wir unterstützen, im Sinne der Wissenschaft und Forschung die Einführung eines gesetzlich geregelten Zweitveröffentlichungsrechts für wissenschaftliche Werke, die von der öffentlichen Hand gefördert wurden.

Die Open Access-Strategien der Universitäten dienen nicht nur der Wissenschaft, sondern auch der Allgemeinheit und ermöglichen den Zugang und die langfristige Erhaltung von Wissen. Open Access ist aber nur zielführend umsetzbar, wenn (wissenschaftliche) Werke auch tatsächlich frei zugänglich veröffentlicht werden können. In diesem Sinn hat das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) swissuniversities mit der Federführung für eine gesamtschweizerische Strategie Open Access beauftragt, mit dem Ziel Open Access umfassend zu fördern und Kostentransparenz bei den öffentlichen Ausgaben im Bereich des wissenschaftlichen Publizierens zu schaffen. Wir unterstützen daher die Forderung der wissenschaftlichen Förderorganisationen wie dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und der Akademien der Wissenschaften Schweiz, von swissuniversities, der einzelnen Universitäten und der Universitätsbibliotheken nach einem unabdingbaren Zweitveröffentlichungsrecht zugunsten der Urheber im Verlagsvertragsrecht gemäss folgendem Vorschlag:

**Art. 382 neu Abs. 4 OR:**

Bei wissenschaftlichen Werken, die mit öffentlichen Mitteln finanziert wurden, kann der Verlagegeber nicht auf das Recht verzichten, das Werk unentgeltlich und öffentlich zugänglich zu machen, nachdem:

- a. die Auflagen des Werkes gemäss Absatz 1 vergriffen sind oder
- b. bei Beiträgen gemäss Absatz 3 drei Monate nach dem vollständigen Erscheinen des Beitrages verstrichen sind.

Auf dieser Grundlage wäre es den einzelnen Autoren von wissenschaftlichen Werken möglich, ihre in einem Verlag veröffentlichten Werke nach Ablauf von 3 Monaten nach der Erstveröffentlichung in einem institutionellen Repositorium oder auf einer persönlichen Homepage öffentlich und kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Mit der vorgeschlagenen Bestimmung wird Rechtssicherheit geschaffen. Heute müssen die Mitarbeitenden der Bibliotheken, die ein Repositorium betreiben, für jeden einzelnen Artikel die Rechtslage abklären. Häufig ist zunächst gar nicht klar, ob überhaupt ein schriftlicher Vertrag mit dem Verlag existiert und/oder ob auch Allgemeine Geschäftsbedingungen gelten. Wenn ein Vertrag vorliegt, muss dieser im Hinblick auf die Zulässigkeit der Aufnahme eines Beitrages in ein Repositorium ausgelegt werden. Indem mit der vorgeschlagenen Ergänzung im Verlagsvertragsrecht festgehalten wird, dass das Recht zum unentgeltlichen Zugänglichmachen spätestens drei Monate nach Erscheinen wieder beim Autor liegt, wird diese Rechtsunsicherheit beseitigt.

Um zu verhindern, dass diese Bestimmung über ein Ausweichen auf ausländisches Recht umgangen wird, schliessen wir uns dem Vorschlag der Universitäten für eine entsprechende Regelung im Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (IPRG) an.

Ich danke Ihnen für die Berücksichtigung der Anliegen und Interessen der Bibliotheken sowie anderer ähnlicher Institutionen  
verbleibe mit freundlichen Grüssen

Karin Meier  
Fuchsiastr. 9  
8048 Zürich

